

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Ausfuhrsperrre für die Ruhrindustrie.

Den deutschen Geschäftsträgern in Paris und Brüssel ist folgende Note übergeben worden: Infolge der von der deutschen Regierung an ihre Beamten erlassenen Weisungen im Ruhrgebiet sowie wegen der Unruhen aller Arten, die die deutsche Regierung dort hervorzurufen versucht, haben die belgische und die französische Regierung beschlossen, in das unbesetzte Deutschland vom 12. Februar d. J. ab metallurgische und andere Industrieerzeugnisse aus dem Ruhrgebiet nicht mehr ausführen zu lassen.

Paris, 12. Februar. (W.Z.) „Petit Parisien“ berichtet, es sei wahrscheinlich, daß die heute einsetzende neue Blockade durch ein System von Ausfuhrerlässen vervollkommen werde, das die Industrien des Ruhrgebiets verhindern werde, die Maßnahmen dadurch zu umgehen, daß sie nach dem unbesetzten Deutschland durch gewisse ausländische Länder Waren ausführen. Die Ausfuhr werde einer sehr strengen Aufsicht unterworfen. Die Industrien müßten mit den Befehlsmächtigten arbeiten, wenn sie ernstliche Angelegenheiten vermeiden wollten. Eine weitere Maßnahme könnte darin bestehen, daß die Befehlsmächtigten dazu gezwungen werden, den Verkauf der Produkte des Ruhrgebiets in die Hand zu nehmen. Es sei noch nicht ganz sicher, ob dieses System demnächst für durchführbar erkannt werde. Für den Augenblick werde man sich ohne Zweifel damit begnügen, nach der deutschen Seite hin durch die Reorganisation des Eisenbahnverkehrs das Ruhrgebiet hermetisch abzusperren.

### Die Kohlenblockade.

Die Kohlenblockade hat nach der „Bergwerkszeitung“ durchaus nicht die von den Arbeitern erwartete schnelle Wirkung gehabt. Einmal ist die Kohlenförderung stark zurückgegangen. Dann nehmen die Verbraucher im Industriegebiet selbst weit größere Mengen dieser verringerten Förderung auf, als ihnen früher zugeführt wurden. Schließlich können die einzelnen Gruben die Förderung in einem gewissen Umfang auf Lager nehmen. Auch nützen die Verwaltungen diese Zeit der erzwungenen Störungen in der Kohlenförderung aus, um Reparaturen und sonstige Arbeiten vorzunehmen zu lassen. Auf diese Weise wird die Beschäftigung der Bergarbeiter in voller Stärke gesichert.

Die deutschen Reedereien haben ihre Dampfer vollständig stillgelegt. Der Schleppverkehr von Duisburg aus beschränkt sich daher nur auf die wenigen Dampfer, die unter französischer Flagge fahren. Der größte Teil dieser Dampfer liegt aber auch außer Betrieb, da das Personal sie verlassen hat. Eine Anzahl holländischer Schleppboote ist ebenfalls in Fahrt, die Beförderung erstreckt sich aber bei diesen nur auf die lebensnotwendigsten Güter, meist auf Durchgangsgüter für die Schweiz. Aus dem Rhein-Herne-Kanal kommen keine Schiffe mehr heraus, da die Kanalschlepper den Dienst eingestellt haben. Auch die Schleusen werden seit über acht Tagen nicht mehr bedient.

### Das englische Hindernis.

Paris, 12. Februar. (W.Z.) Der „Matin“ schreibt: Es ist richtig, daß die Transportbeschwerden durch die britische Besatzungszone in einem gewissen Maße die Ausfuhrmöglichkeiten der Kohle beschränken. Poincaré hat sich gestern vormittag mit dem englischen Botschafter Lord Crewe hierüber ausgesprochen. Die Angelegenheit wird geregelt werden, nachdem das Ministerium Bonar Law Fühlung mit dem Parlament genommen haben wird. Aber schon jetzt müssen die Deutschen wissen, daß, wenn die britische Zone den Durchgangsverkehr verweigern würde, es sich nur um eine Verzögerung beim Transport der Reparationskohle handelt, und wenn die Engländer ihre Truppen vom Rhein zurückziehen würden, dann würde der nur beschränkte moralische Eindruck dieser Maßnahme im weitesten Maße ausgeglichen werden durch die sehr großen Erleichterungen, die uns dadurch geboten würden.

London, 12. Februar. (W.Z.) Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, das Ersuchen der französischen Regierung um Unterstützung bei Beförderung von Kohle aus dem Ruhrgebiet durch einen kleinen Teil der britischen besetzten Zone werfe einige schwierige Fragen auf. Die Freigabe der Durchfahrt würde sicher den Transport von Kohle und Koks nach Roßringen erleichtern. Aber wenn die deutschen Eisenbahnen sich nicht bereit erklärten, die Züge durch den britischen Bezirk zu führen, so würden französische Eisenbahnen verwendet werden müssen und dies könnte zu einem Streit mit seinen schwierigen Folgen führen. Die englische Regierung würde es lieber gesehen haben, daß das Ersuchen nicht gestellt worden wäre. Es gingen zwei andere Bahnlösungen von der Ruhr nach Frankreich, und die Engländer würden lieber sehen, wenn die Franzosen diese benutzten. Die Befragung des Parlaments könnte der leichteste Ausweg aus der Schwierigkeit sein, aber auch dieser könne erschwerende Ergebnisse haben. Eine wohlwollende Neutralität aktiver Mitwirkung könnte leicht so ausgelegt werden, als ob sie die Auslieferung von Gebiet einschleife, das sich unter britischer Kontrolle befindet, um einen Feldzug zu unterstützen, den die britische Regierung kaum gebilligt habe. General Godley sei ersucht worden, seine Ansicht über diese Frage mitzuteilen, die schließlich vor das Kabinett kommen müsse.

### Ruhefinder nach Dänemark.

Wie bereits von uns angekündigt, haben die dänischen Parteigenossen eine Aktion unternommen, um Kinder aus dem Ruhrgebiet während der Besetzung nach Dänemark zu bringen. Die Aktion, welche vom Genossen A. B. Nielsen geleitet wird, hat bis jetzt das Ergebnis gehabt, daß in der nächsten Zeit ungefähr 1000 Kinder, vorläufig auf drei Monate, in Pflege nach Dänemark gehen.

### Franzosen schießen auf Schupobeamte.

Gelsenkirchen, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend hielt ein Schupobeamter in der Dunkelheit ein Automobil an, das ohne Licht fuhr. Daraufhin wurde von den Insassen auf ihn geschossen; er erhielt einen Halschuß, an seinem Auskommen wird gezweifelt. Eine zufällig des Weges kommende Schupo-Kreife eilte herbei und machte von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Insasse des Autos erhielt einen Bauchschuß. Es stellte sich dann heraus, daß die zwei Insassen französische Offiziere waren.

### Regierungspräsident Haenisch ausgewiesen.

Frankfurt a. M., 12. Februar. (W.Z.) Der Regierungspräsident von Wiesbaden, Haenisch, gegen dessen Amtsantritt die Rheinlandkommission ein vorläufiges Veto eingelegt hatte, weilte in den letzten Tagen im besetzten Gebiet, um als Kommissar der preussischen Regierung Informationen über die wirtschaftliche und politische Lage einzuziehen. Am Sonnabendmorgen wurde er aus einer Besprechung mit Landräten und Bürgermeistern des Reglerungsbezirks Wiesbaden durch französische Beamte zu dem Oberbelegierten Marquis des Villers genötigt, der ihn ehrenwörtlich verpflichten wollte, nach vor Mitternacht das besetzte Gebiet zu verlassen. Haenisch lehnte das Ansinnen ab und erklärte, nur der Gewalt zu weichen. Daraufhin wurde er in das französische Polizeikommissariat geführt und einer gründlichen Untersuchung unterzogen, gegen die er unter Berufung auf seine Immunität als preussischer Landtagsabgeordneter, einhielt. Ebenso verweigerte er die Unterzeichnung eines von dem französischen Polizeikommissar aufgenommenen Protokolls. Gegen 9 1/2 Uhr wurden Haenisch die Papiere zurückgegeben und er im französischen Militärautomobil über die Grenze des besetzten Gebiets gebracht.

Wiesbaden, 12. Februar. („Frankf. Ztg.“) Die Nachricht von der Ausweisung trotz der Versammlung der Arbeiterführer mitten in der Beratung über die Lage, wie sie sich nun nach der verlangten und auch bewilligten Freilassung des Vorsitzenden des Gewerkschaftsrats und des Eisenbahnerverbandes Bode aus französischer Haft gehalten wird. Beschlüsse irgendwelcher Art über die Stellung der Sozialdemokratie sind bisher noch nicht gefaßt worden. Das eine ist jedoch sicher, daß die Führer der Arbeiterschaft ihren letzten Einfluß werden ausüben müssen, damit auch nach dieser neuen Herausforderung die Massen in Ruhe und Ordnung verharren.

### Zwangsmassnahmen.

Witten a. d. Ruhr, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiterschaft ist heute wegen der Verhaftung von zwei Polizeibeamten in einen 14stündigen Proteststreik eingetreten. Im ganzen Ruhrgebiet sind heute vormittag wieder Verhaftungen von Behördenvertretern vorgenommen worden.

Die Franzosen beschlagnahmten heute hier sämtliche Personen- und Lastautos.

Am 10. Februar vormittags erschien der französische Divisionsarzt Risse bei den Essener Städtischen Krankenanstalten und erklärte, daß die Antwort der Stadt auf den Befehl betr. Leistungen der Krankenanstalten für das französische Lazarett Lügen enthalte; aus diesem Grunde verzichte er auf eine mündliche Besprechung der Angelegenheit; falls nummehr die Forderung nicht freiwillig erfüllt werde, würden die Leistungen mit den Bajonetten und Gewehren erzwungen werden. Französische Offiziere verlangten von der Essener Niederlassung der Hageba (Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m. b. H.) und verlangten Arzneimittel usw. Diese Forderung wurde abgelehnt, worauf die Franzosen mit Verhaftungen drohten.

Rebateur Fischer der „Redinghauser Allgemeinen Zeitung“ ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bürgermeister Riemeyer und Stadtvorordnetenvorsteher Niehaus wurden verhaftet. Oberberggraf Ruffel in Gladbeck, der französischen Ingenieuren den Zutritt zur Grube verboten und ihnen Auskunft über die Förderung verweigert hatte, ist ins unbesetzte Gebiet gebracht worden.

In Herne sind erneut drei Polizeibeamte wegen Gruberverweigerung festgenommen worden; der verschärfte Belagerungszustand ist verhängt.

Der Schlächter Hubert H. z. in Mülheim a. d. Ruhr hatte sich durch sein Verhalten gegenüber den französischen Truppen verschiedenen Unannehmlichkeiten zugezogen. Darauf hat der Divisionskommandeur dem Oberbürgermeister von Mülheim geschrieben, daß er jede Maßregel gegen diese Person verbiete und den Oberbürgermeister persönlich für jeden Schaden haftbar mache, der ihr verursacht wird.

### Dollar 27700.

Die Reichsbank setzt ihre Abgabe am Devisenmarkt fort. Sie hat sich, wie man an der Börse erzählt, neuen größeren Kredit in London gesichert, um mit seiner Hilfe ihre Stützungsaktion für die Mark durchzuführen zu können. Es kommt hinzu, daß die herrschende Geldknappheit und die vor einiger Zeit angekündigten Krediteinschränkungen die Spekulation und auch andere Kreise nötigen. Devisen zu verkaufen. Außerdem wirken die fortwährend wieder auftretenden Gerüchte über angeblich stattfindende Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Schwerindustriellen abschwächend auf die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel. Der Dollar wurde heute gegen Mittag mit 27750 gehandelt. An der Effektenbörse hat dieser Rückgang der Devisen in Verbindung mit ebenfalls tiefgreifenden Einschränkungen der Kredite an die Berufs- und Privatkapitalisten ein beträchtliches Angebot aus schwächeren Händen hervorgerufen. Die Kurse waren heute wesentlich gedrückt.

## Ein Monat Ruhrkrieg.

Von Friedrich Stampfer.

Die französische Regierung hat den zweiten Monat des Ruhrkrieges mit einer schwerwiegenden Kampfhandlung eingeleitet, sie hat nach der Unterbindung der Kohlenausfuhr nun auch ein Verbot gegen die Ausfuhr von sonstigen Erzeugnissen der Ruhrindustrie nach dem unbesetzten Gebiet erlassen. Diese Maßnahme ist geeignet, eine Entwaldung zu beschleunigen, die auch ohne sie kaum aufzuhalten war. Auch vor Erlaß des Ausfuhrverbots hatten sich in der Eisenindustrie Schwierigkeiten bemerkbar gemacht, die auf die allgemeine Unsicherheit der Lage und das Fehlen wichtiger Rohstoffe infolge der Verkehrszerstörung zurückzuführen waren. Zu der halben Unmöglichkeit zu produzieren hat sich nun die ganze Unmöglichkeit zu exportieren hinzugesellt. Die Arbeitslosigkeit wird infolgedessen auf beiden Seiten der neuen Grenze rasch zunehmen. Dieses Uebel nach Kräften einzudämmern und den Arbeitslosen ein Dasein zu gewähren, das die Verzweiflung von ihnen fernhält, wird nun eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Regierung sein.

Daß die französische Regierung bei ihrem Ruhrunternehmen alle Voraussicht vermissen ließ und daß sie sich den Erfolg dieses Unternehmens einen Monat nach seinem Beginn ganz anders vorgestellt hatte, das ist vielleicht die einzige Tatsache, über die heute in der ganzen Welt, Frankreich mit eingeschlossen, keine Meinungsverschiedenheit besteht. Der erste Monat hat für die französische Regierung mit einem schweren Defizit geschlossen. Sie hat im Gegensatz zu der Zeit vor dem Einmarsch, in der sie aus dem Bezug der Reparationskohle mühelose Einnahmen erzielte, im ersten Monat ihres Abenteuers aus dem Ruhrrevier keine Gewinne erzielt, sondern nur Ausgaben für militärische Operationen in noch unbekanntem Ausmaß bestreiten müssen. Es besteht keine Aussicht, diese Ausgaben vermindern, die Einnahmen wesentlich steigern zu können, solange der Ruhrkrieg andauert. Herr Poincaré hat den Franzosen ein „produktives Pfand“ versprochen, aber dieses „produktive Pfand“ erweist sich nicht nur als gänzlich unproduktiv, sondern auch als äußerst kostspielig.

Größer noch als die finanziellen Verluste sind die moralischen. Frankreich hat durch sein Vorgehen im Ruhrrevier Schande auf sich geladen und muß die Hoffnung, die Sympathien nichtfranzösischer Bevölkerungen für sich gewinnen zu können, endgültig begraben. Zeitweilige, Bajonnett und Revolver sind nun einmal keine Mittel, um die Menschen zur Liebe zu erziehen. Wo die französische Sprachgrenze läuft, da hat sich heute eine tiefe Kluft der Empfindungen aufgegan, was jenseits dieser Grenze wohnt, befindet sich in einem Zustand seelischer Insurrektion. Frankreich hat sich zugleich nach allen Seiten hin moralisch isoliert, der ehemalige Liebbling der Welt hat sich als schamloser Unterdrücker fremder Volksfreiheit entlarvt. Das sind Dinge, die auf lange Zeit hinaus in der Geschichte Europas tiefe Furchen ziehen müssen.

Deutschland sucht das andere Frankreich — und findet es nicht. Der Verständigungsgedanke, von deutschen und französischen Sozialisten all die schweren Jahre tapfer aufrechterhalten, unterliegt der allerschwersten Belastungsprobe. Dem Frankreich Poincarés und des nationalen Blocks könnte sich Deutschland höchstens im Gefühl der Ohnmacht jähnebrechend unterwerfen, verständigen kann es sich mit ihm nicht. Das gilt besonders für die deutsche Sozialdemokratie. Sie hat den Erobererwahnsinn des Deutschen Imperialismus in allen Stadien bekämpft, sie würde aufhören zu sein, was sie ist, wenn sie jemals den Stiefel eines fremden Eroberers käufen würde. Darum muß Herr Herriots Ruf in der „Ere nouvelle“, der sich, wie ich jetzt erst erfahre, auch an mich persönlich wendet, bis auf weiteres vergeblich bleiben. Die deutschen Sozialdemokraten werden sich nur mit jenen Franzosen aufrichtig verständigen können, die den Mut haben, das Verbrechen ihrer Regierung und all die namenlosen Schändlichkeiten, die jetzt an dem tapferen Arbeitervolk des Ruhrreviers begangen werden, zu verurteilen. Wenn Herr Herriot meint, die gegenwärtige Regierung Frankreichs sei in der Lage, die deutsche Sozialdemokratie zu ihren vorläufig noch schüchternen Ausgleichsversuchen zu ermutigen“, so hat er keine richtige Vorstellung von der Lage der Dinge in Deutschland. Denn niemand verurteilt diese französische Regierungspolitik schärfer, niemand mißtraut ihr gründlicher als die deutsche Sozialdemokratie.

Das gilt für die ganze deutsche Sozialdemokratie, es gilt aber besonders auch für jenen Teil von ihr, der durch den Gang der Ereignisse nun der eigentlich maßgebende geworden ist, für die Sozialdemokratie der besetzten Gebiete, namentlich des Ruhrreviers. Die sozialdemokratischen Arbeiter des Ruhrreviers fühlen sich als Vorkämpfer gegen den französischen Imperialismus und Militarismus. Sie sind stolz darauf, daß es ihnen und ihrer bisherigen klug überlegten Taktik gelungen ist, das stupide Militärsystem, das sich in ihrem Lande breit macht, um jeden materiellen und moralischen Erfolg zu bringen, und sie haben vorerst nur einen Wunsch, daß man ihnen die Mittel liefert, um diesen Kampf weiterführen zu können. Sie sind bereit, für ihre Ueberzeugung auch zu hungern. Aber man vergesse nicht, daß die proletarische Masse des Ruhrreviers nicht aus lauter Menschen besteht, die in der Schule der Sozialdemokratie gelernt haben, für ihre Ideale jedes Opfer zu bringen. Herr Poincaré hat einen gefährlichen Verbündeten, das ist der Hunger. Wer nicht alles tut, um ihn zu bekämpfen, der schießt gegen den französischen Imperialismus nur mit dem Rauf, nicht mit der Tat.

Einstwellen wirkt die sozialdemokratische Führung im Ruhrrevier als Damm gegen Wahnsinnswellen von rechts und links. Wenn dieser Damm eines Tages bricht, kann niemand wissen, nach welcher Seite hin sich das Unheil ergießen wird.

Ueber den furchtbaren Ernst der Lage täusche sich niemand. Wer im Ruhrrevier war, der hat dem Krieg in seinem Auge gesehen. Frankreich führt Krieg im brutalsten Sinne des Wortes gegen ein waffenloses Volk, und dieses Volk hat die Herausforderung angenommen, indem es dem feindlichen Eroberer den unbedingten Willen entgegensetzt, sich seiner militärischen Kommandogewalt nicht zu fügen. Das ist ein Schauspiel, ergreifend und zugleich erbebend, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Es ist vielleicht die Einleitung einer neuen Epoche der Weltgeschichte, die von der Erkenntnis beherrscht sein wird, daß friedliche Arbeit stärker ist als bewaffnete Gewalt, und daß darum der Krieg seinen Sinn verliert.

Das Ruhrabenteuer wird eines Tages in irgendeiner Form seinen Abschluß finden. Aber der Kampf, von dem es nur eine Phase darstellt, wird damit noch nicht zu Ende sein. Weder kann der deutsch-französische Konflikt durch ein neues Siegediktat abgeschlossen werden, noch ist es möglich, daß der Kampf der Arbeiter gegen das System der militaristischen Unterdrückung mit dem Sieg der letzteren endet. Was wir in absehbarer Zeit — wenn nicht neue überraschende Ereignisse eintreten — zu erwarten haben, ist höchstens eine Pause und die Fortführung des Kampfes unter veränderten tatsächlichen Bedingungen. Das deutsche Volk gibt sich nicht auf. Und die deutsche Arbeiterbewegung, deren Schicksal mit dem der Deutschen Republik untrennbar verbunden ist, wird nicht aufhören, für ihre Ziele zu kämpfen. Unsere Kameraden an der Ruhr sind zu diesem Kampf entschlossener als je. Das sind die entscheidenden Eindrücke, die ich von meinem zweiten Besuch im besetzten Ruhrrevier erhalten habe.

### Degoutte in Paris.

General Degoutte wollte am gestrigen Tage in Paris, wo er Besprechungen mit Poincaré, Foch usw. hatte. Er fuhr am Abend nach dem Ruhrgebiet, wie es heißt, „mit verstärkten Vollmachten“, zurück. Vor seiner Abreise sagte er einem Reporter des „Echo de Paris“, er sei mit dem Ergebnis seiner Unterredungen zufrieden. Auf die Frage: „Und das endgültige Resultat?“ antwortete er: „Das wird vielleicht noch lange dauern, es ist schwer, aber ich habe volles Vertrauen.“

### Noch kein Ruhrvisum nötig.

#### Deutsche Minister werden hinausgefarrt.

Paris, 11. Februar. (Havas.) Der gestrige Beschluß der französischen und belgischen Regierung, den deutschen Ministern den Zutritt zum Ruhrgebiet zu untersagen, bedeutet nicht, daß die alliierten Behörden die Absicht hätten, beim Betreten der Besetzungszonen einen Passierschein oder Paß zu verlangen. Die große Zahl der Zugangswege zum Ruhrgebiet mache eine derartige Kontrolle unmöglich und im übrigen würde es nur eines Flugzeuges bedürfen, um diese Kontrolle zu umgehen. Es müßten jedoch auf Grund des gestrigen Beschlusses deutsche Minister, wenn sie ins Ruhrgebiet hineingelangen wären, sofort wieder hinausgebracht werden, sobald ihre Anwesenheit gemeldet werde.

#### Englische Auffassung.

London, 12. Februar. (W.T.B.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt zu dem Verbot des Besuchs deutscher Minister im Ruhrgebiet, die Besetzungsbehörden beanspruchten Rechte, die sie im Rheinlande niemals beansprucht hätten. Die Möglichkeit, ein neues Paßsystem für die Personen einzuführen, die in das Ruhrgebiet einreisen oder aus dem Ruhrgebiet herausfahren, werde ausschließlich untersucht. Kurz, Frankreich und Belgien beanspruchten an Deutschlands Stelle Souveränitätsvollmachten im Ruhrgebiet.

Vernunft — wie bist du selten! Holland und Spanien haben beschlossen, gegenseitig die Visa aufzuheben.

Wegen des antisemitischen Studentenerrors ist die Universität Bukarest samt den Studentenheimen und Speiseanstalten für das ganze Jahr geschlossen worden.

## Gebrüder Czapel: Insekten.

(Theater in der Königgräber Straße.)

Zwei Brüder tun sich zusammen und fabrizieren ein Schauspiel von Insekten, das ein Spiegelbild für die Menschen unserer Lage sein soll. Die tschechischen Brüder erringen den Jahreserfolg des Prager Theaters, das heute dem tschechischen Nationaltheater dient. Aber man darf ohne Vorurteil sagen, daß es sich um ein miserables Fabrikwerk handelt. Es ist nicht schlecht, es ist nicht gut, es kommt überhaupt nicht für Menschen von reiferem Verstande in Betracht. Das Format ist zu gering. Die freundlichen Brüder sind von einer entwandenen Unbedeutendheit. Bleibt nur noch zu prüfen, warum ihnen der Vorbeurteil gerecht wurde. Er wurde ihnen gerecht, weil dem Theaterpubliko die Färbung des Geistes von den Direktoren gänzlich ausgerottet worden sind.

Der Landstreicher sinkt besoffen und entrüftet hin. Etwa am Leben. Erklärung, daß ihm der Krieg am Widest hatte. Er jedoch will ein Menschenkind sein. Dann schläft er hinüber und träumt Insektenleben ist sein Traum: erster Akt Schmetterlinge, zweiter Akt Mistkäfer, dritter Akt Ameisen. Die Schmetterlinge mit ihrer duktenden Liebelei sind oberflächliche Tierlein und der Dichter unter ihnen ein Narr. Das Gebändel (genau dargestellt). Die Mistkäfer im Alltag, häßlich, kleinlich, eigentlich gar nicht benachteiligt, wenn ein Insektenpöbel die geharnisierte Biestflucht fortrollt. Und zum Teufel geht auch die Fröhlichkeit eines Grillenpaares. Der Parasit, ein Prolet, Dreck (südt), kriecht sich den Wanst an und begauert den geschickten Koffe im Mistkäferreich. Die Ameisen summten hierauf, vom Takt schlagen des Blinden getrieben. Die Ameisen (Auffpeicherer des Reichtums, der Industrie und der mechanischen Kraft werden von Herrschertemperamenten zu größerer Hoff, zu weiterer Erberungssucht gepreißelt. Das bedeutet Krieg. Also Krieg mit Götzenwahn des Feldherrn und Imperators. Epilog: Was eine Larve war, wurde ein Falter. Das hatte sich als Larve zur Götlichkeit gefehlt, wurde nur eine Eintagsfliege, als es sich entpuppt, liegt bald im Staub wie all die anderen Eintagsfliegen. Der Sandstreicher hat alles gesehen. Die Augen sind ihm übergegangen und das Herz. Ehe er die Lösung ausgibt, wie alles Geschehene schließlich einzuschlagen sei, steht sein Herz still. Und die Sonne scheint, und ein Täufel, der Zukunft Träger, wird vorbeigezogen, und es jubiliert ein fröhlich fahrender Gefelle.

So verdichtet, scheint die Anlage des Stückes noch mit der Idee verquillt. Aber es ist das Quarzige, das Ausgetretete, das vom Wort Benachteiligte, das alles so entsehrlich herunterdrückt. Solche schwachen Brüder entwürdigen das Wort, sie entwürdigen die Kunstfreunde. Schlägt sie tot, auch wenn sie im tadellosten Smoking an die Kampe drängen! —

## Die Weimarer Verfassung.

Zogelang hat die „Rote Fahne“ es vorgezogen, über das Ergebnis der Berliner Funktionärerversammlung zu schweigen. Während sie in jeder Nummer der staunenden Mitwelt versichert, daß die Sozialdemokratie „bankrott“ sei, mußte Heinrich Brandler vor den Berliner Funktionären gestehen:

„Die politischen Gegensätze scheinen mir größer zu sein, als das auf dem Parteitag zum Ausdruck gekommen ist, freilich nicht so groß, daß sie den Rahmen der Partei sprengen.“

Aus solcher Einschätzung der eigenen inneren Lage in der SPD. ist es auch wohl zu erklären, daß die „Fahne“ der Deffektivität die gesamte Diskussion unterdrückt und sich damit begnügt zu bemerken, man habe sich mit Brandlers Prozeß beschäftigt, was ja im allerdinge auch ein interessanter Diskussionsstoff ist. Die famose Verteidigungsrede, die Brandler seinerzeit hielt, um sich reinzuwaschen, wurde auf Rostaus Betreiben eingestampft. Warum eigentlich, das versteht man nicht recht, denn jetzt betont Brandler als Vertreter der Zentrale ganz offiziell:

„Es ist nicht unkommunistisch, die demokratischen Möglichkeiten auszunutzen, es ist sogar in der Theorie möglich, daß eine Arbeiterregierung, die noch nicht die Kraft hat, die Weimarer Verfassung zu zerreißen, im Rahmen dieser Verfassung, durch die Organe der Arbeiter die Sachverhalte erfährt.“

Angesichts solcher Entbedungen der offiziellen kommunistischen Führer sieht man sich allerdings an den Kopf. Wozu dann dauernd der Bärm und das Geschrei gegen die Sozialdemokraten. Ruth Fischer erklärt deshalb auch Brandler gegenüber sehr prompt:

„So wie Brandler haben alle Kustromarrillen in den Jahren 1918/19 gesprochen. ... Es gibt keine „Demokratie“ an sich, keine Ausnutzung des Staatsapparates. Es gibt nur Diktatur der Bourgeoisie oder des Proletariats. ... Stellen wir die Frage so (wie Brandler), dann unterscheiden wir uns in nichts von der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten gehen doch in die Koalition, um „von innen heraus“ Kämpfe einzuleiten. So stärken wir nur die sozialdemokratischen Illusionen und zerstreuen sie nicht.“

Die Bauenstaubei, mit der Brandler für die Zentrale den Uebergang von Agitationsphrasen zu praktischer Politik vorbereiten wollte, verfiel bei den „Rassen“ nicht. Die „Bonzen“ unterlagen. Beinahe einstimmig nahmen die Funktionäre eine Entschiedenheit an, die sich zur Politik der Opposition bekennt und die Organisation verpflichtet mit allen Mitteln für die Durchsetzung dieser Politik in der Gesamtpartei zu wirken. Unsere Voraussetzung, daß der mit dieser Auseinandersetzung eingeleitete Prozeß erst begonnen habe, ist also vollkommen bestätigt. Es bleibt abzuwarten, wie diese Entwicklung in der kommunistischen Partei sich weiter vollziehen wird. Mit der Zeit können die Gegensätze ihrer ganzen Natur nach nur zunehmen.

### Ebert in Karlsruhe.

Karlsruhe, 12. Februar. (W.T.B.) Der Reichspräsident ist in Begleitung des Reichministers des Innern Oser und des Reichsfinanzministers Dr. Ebert heute vormittag hier eingetroffen. Um 11 Uhr fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt, der die Herren beimohnten.

### Hofschiller abgeblitzt.

Essen, 12. Februar. (W.T.B.) Der in letzter Zeit in der Presse wiederholt genannte französische Sozialist Hofschiller hat am 7. Februar bei einigen Gewerkschaftsvertretern verschiedener Richtung in Essen vorgelesen. Hofschiller gab an, vom Hauptquartier in Bredenez zu kommen. Er fand bei den Gewerkschaftsvertretern nur ein mitleidiges Schälchen; es wurde ihm unabweisend zu verstehen gegeben, daß die Erregung in der Arbeiterschaft groß und berechtigt sei.

Wir haben uns mit der Person des Hofschiller bereits ausführlich beschäftigt. Wir stellen jetzt, daß H. nicht nur kein Sozialist ist, sondern sogar die Partei in Frankreich bekämpft hat. Als Agent des Comité des Forges war er in Genua tätig und gibt jetzt als die rechte Hand des französischen Propagandachefs François Poncet in Essen; letzterer gehört bekanntlich ebenfalls zu den Kreisen der französischen Schwerindustrie.

Emil Pichan sehle das Insektenstück in Bilder. Es arbeitet eine Phantasia, die dem Wert gerecht wird. Aber es ist ein brombeerbilliges Stück, das die Phantasia entzündet. Der farbige Schmetterlingshimmel, der von Schlingengewächsen behangene Mistkäferhorizont, die asketische Strenge der Ameisenhöfchen, das schillernde Geflügel der Falter, die Vorsichtigkeit der Mistdäpfer, die feldmächtige Rüstigkeit der Ameisenmenschen, es ist alles zweckmäßig. Wertheim etwa zu Weihnachten. Die Wäder Czapel haben an allem schuld.

Die Kunstleistungen, die des Herrn Steinrück, die des Fräulein Schulk u. a. können bei alledem nur Geduldleistungen sein. Den Rahmen sprengt durch Humor und Breughelische Charakteristik nur Herr Pichan. Und ihm haben die tschechischen Brüder auch einige seltigen Worte in den Mund gelegt. Rag hochbarf.

Grillparzers ewige Braut. Unter den Frauen, die ihre Rolle im Leben und der Kunst großer Dichter unsterblich gemacht hat, nimmt Katharina Fröhlich eine einzigartige Stellung ein. Sie hat Grillparzer durch sein ganzes Leben begleitet, ohne ihm doch je angehört zu haben. Das menschlich so unendlich rührende Bild dieser „ewigen Braut“ zeichnet Rag Preis in einer mit den Farben eines Wiener Meisters gemalten Miniatur, die unter dem Titel „Grillparzers ewige Braut“ bei Edwin Runge in Berlin-Dahlemersee erschienen ist. Er schildert uns den Lebens- und Seidensweg dieses anmutig frischen, geistesstarken Mädchens, dem es ein tragisches Geschick verlag, die Geliebte und Gattin ihres sinnlich-überfüllten Freieters zu werden, und die dann seine Schwester, ja in einem höheren Sinne seine Mutter wird. Auch nachdem sich Grillparzer nicht von ihr trennen, sondern juchte Frieden und Ruhe bei ihr und im Haus ihrer Schweltern, und als Preis ist er in diese Hauslichkeit eingelehrt, um bei seiner Reife zu sterben.

Kältezeiten und milde Winter. So ungewöhnlich mild dieses Jahr der Winter ist, so hat er uns doch vom 7. Februar ab ein paar kalte Tage gebracht und damit eine alte Wetterregel bestätigt, die regelmäßig um diese Zeit in Anwendung kommt. Wie der Meteorologe Christopher Beck betont, gibt es solche „Kältezeiten“ auch in den wärmsten Wintern und ebenso im Sommer. Die jüngste Kälteperiode steht im Kreislauf des Jahres durchaus nicht vereinzelt, sondern wird von sechs solcher „kurzen Winter“ beobachtet. Die zweite Kältezeit tritt Mitte April auf, und man findet öftersmals scharfen Frost in der Zeit zwischen dem 11. und 14. dieses Monats. 1916 war dieser „Aprilwinter“ besonders hart und brachte starken Frost, Schnee und schneidende nordöstliche Winde. Die „gestrengen Herren“ im Mai sind von dem Landmann am meisten gefürchtet; sie kommen zwischen dem 9. und 14. des Monats, dauern etwa 3 bis 6 Tage und sind gewöhnlich in ganz Mitteleuropa zu verzeichnen. Man hat für diese Kälteperiode des Mai die verschiedensten Erklärungen gesucht, und z. B. das starke Fallen von Meteoriten um diese Zeit dafür verantwortlich machen wollen. Aber tatsächlich weiß man noch nicht im mindesten, worum plötzlich die

## Die Verwaltung der „Ruhrhilfe“.

Ueber die Zusammensetzung der Verwaltung der Ruhrhilfe teilt der ADGB mit:

Der paritätische Verwaltungsrat für die Ruhrhilfe“ setzt sich auf Arbeitgeberseite zusammen aus je einem Vertreter der Verbände, die den Kustuf unterzeichnen haben, auf Arbeitnehmerseite aus einer entsprechenden Anzahl Vertreter der Gewerkschaften, so daß der Verwaltungsrat aus 15 Arbeitgebern und 15 Arbeitnehmervertretern besteht. Der Verwaltungsrat hat einen geschäftsführenden Vorstand aus je 5 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt, und zwar auf Arbeitgeberseite die Herren Dr. Habersbrunner, Dr. Soetbeer, Prof. Dade, Reinath und Bernstein, auf Arbeitnehmerseite die Genossen Adolf Cohen, Georg Schmidt, Bothe, Oge und Lewin.

Dem geschäftsführenden Vorstand stehen zur Erledigung der laufenden Geschäfte die Geschäftsführer der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Deutschlands sowie ein Bankfachverständiger zur Seite.

Die Geschäftsstelle der „Ruhrhilfe“ ist S.W. 48, Wilhelmstraße 130 II. Der geschäftsführende Vorstand hat sofort seine Tätigkeit aufgenommen. Die Organisation und die Mittel der „Ruhrhilfe“ sollen im weitesten Maße zur Linderung der durch die Besetzung und Abschmürung deutschen Gebietes an Rhein und Ruhr sowohl im besetzten wie im übrigen Reichsgebiet entstehenden wirtschaftlichen Not dienen.

Um diesen Zweck möglichst reibungslos und ohne gegenseitig-anderarbeiten mit der Sammlung „Volkspfer“ und den Hilfsmahnahmen der Regierung zur Linderung der Not zu erreichen, nehmen Vertreter der Regierung mit beratender Stimme an den Verhandlungen des geschäftsführenden Vorstandes teil. Außerdem wird eine engere Verbindung zwischen dem Verwaltungsausschuß des „Deutschen Volkspfer“ und dem geschäftsführenden Vorstand der „Ruhrhilfe“ dadurch hergestellt, daß eine gegenseitige Vertretung in den genannten Körperschaften stattfindet. Es sind Anregungen ergangen, diese Verbindung noch enger zu gestalten. Ob diese verwirklicht werden können, steht jedoch dahin.

## Unsinnige Verhaftungen.

Das nationalistische Fieber führt bereits wieder zu unmöglichen Erscheinungen. W.T.B., das zu Kriegsbeginn die schönsten Geschichten von den französischen Goldautos in die Welt telegraphierte, hilft auch jetzt dazu, daß die Langeweile verschleudert wird. Diese Schauererzählung weiß es zu melden:

Auf Veranlassung zweier Passagiere des D-Zuges Hannover—Berlin wurden gestern abend gegen 9½ Uhr zwei andere Mitreisende, der 39 Jahre alte Schlosser Bruno Betes aus Spreccau bei Fürstentum und der 42 Jahre alte Ingenieur Reinhold Braut aus Mariendorf auf dem Bahnhof Halensee festgenommen, weil sie während der Fahrt Propagandareben für das französische Unternehmen im Ruhrgebiet hielten. Sie hatten bei ihren Ausführungen darauf hingewiesen, daß sie im Ruhrgebiet Versammlungen abgehalten hätten, die dem gleichen Zwecke dienen sollten. Beide Täter wurden der politischen Polizei des Polizeipräsidiums Berlin übergeben.

Die beiden Witpassagiere, die die Verhaftung veranlaßt haben, sind glücklicherweise nicht bekannt. Die beiden Verhafteten sind jedoch inzwischen wieder freigelassen. Denn es stellte sich heraus, daß es zwei bekannte Kommunisten waren, die in dem üblichen Disput während der Eisenbahnfahrt im Stille der „Roten Fahne“ zum Ruhrereignis Stellung nahmen, die aber ihrer ganzen Einstellung nach gar nicht daran denken, Propagandareben für das französische Unternehmen zu halten. In Ansternburg verprügelt man einen sowjetrussischen Kurier, weil man ihn für einen Franzosen hält. In Berlin läßt man Berliner Kommunisten verhaften, weil sie kommunistische Redensarten den nationallistischen entgegenstellen. Es wird wirklich Zeit, daß man — fern vom Schuß! — wieder nüchtern wird.

General Fournier hat an den Oberbürgermeister von Essen folgendes Schreiben gerichtet: „Seit einiger Zeit sind die Kohlenlieferungen, die den Erfordernissen der Besatzungsgruppen entsprechen, nicht gesichert, außerdem sind Verzögerungen in den anderen Materiallieferungen festzustellen. Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich beschlossen habe, den unter meinem Befehl stehenden Truppenformationen vorzuschreiben, sich selbst zu bedienen, wenn auch irgendwelche Schäden für Ihre Beamten und für die gute Ordnung daraus erwachsen könnten.“

„gestrengen Herren“ erscheinen. In der zweiten oder dritten Woche des Juni tritt dann ganz unermutet wieder eine Kälteperiode ein. Besonders der Juni 1909 und 1916 brachten uns geradezu Wintertage. Drei weitere „Kältezeiten“ liegen zwischen dem 29. Juni und dem 4. Juli, zwischen dem 6. und 11. August und zwischen dem 6. und 12. November.

Das 150-Dollar-Auto. Der Preis für den Kraftwagen wird in den Vereinigten Staaten immer niedriger und man hofft, bald so weit zu sein, daß jedermann sich einen guten Bogen für 150 Dollar kaufen kann. Wie in der „Anschau“ erzählt wird, geht diese Verbilligung der Autos hauptsächlich auf den scharfen Konkurrenzkampf zurück, der zwischen dem „Automobilkönig“ Henri Ford und einem anderen Kraftwagenfabrikanten W. C. Durant ausgefochten wird, hinter dessen Unternehmen die Großfinanzleute von Wall Street stehen. Die Herstellung der Wagen wächst gewaltig an. In den ersten neun Monaten von 1922 wurden 1 873 000 Autos gebaut. Ein Ford-Tourenwagen, der vor 14 Jahren zu dem damals erstaunlich niedrigen Preise von 1000 Dollars verkauft wurde, kostet jetzt mit allen seitdem erlundenen Verbesserungen 298 Dollars. Der gewöhnliche Wagen kostet nur noch 269 Dollar, und das Ideal der Automobilindustrie, der 150-Dollar-Wagen, ist nicht mehr fern.

## Abnormitäten.

Wie aus dem kommunistischen Parteitag in der Pilsener Kammer bekannt wurde, haben sich Galenkruiser und Kommunisten an einigen Orten in einer Einheitsfront zusammengeschlossen.

Meine Herrschaften, immer herein spaziert! Wenn Sie die Gesellschaft auch ein wenig geniert. So seh'n Sie dafür ein Pärchen Wie im Märchen!

Der eine schleit, und zwar nach Rastau. Sein Maul reicht von Rastau bis halbwegs nach Der Rehle emiquilt nur ein Ton: Haut die Reaktion!

Der andre trägt auf der Stirn ein Brandmal. Auf jedem Abort prangt es als Schandmal Von unüberstehtlichem Reiz; Das hatentreiz.

Manchmal zerbrechen sie einander den Hut. Manchmal vertragen sie sich mehr als gut. Denn beiden Nummern stand Pats Die Handgranate.

Drum immer herein, meine Damen und Herrn, Hier paaren sich Galenkruiser und Sowjetstern! Hier gibt's das Wesen, halb Mensch, halb Aff! Hier biste daff!

Die „Münchener Komödien“ von Dr. Erich Kästner werden am 15. Febr. Pilsener, 119 ihr neues Heim unter dem Namen „Kammertheater“ eröffnen. Die Abende bieten außerdem spirituelle Beiträge, Länze und Tanzphantomien.

## Leutnant Krull unter Anklage.

Die Arbeitsgemeinschaft Rohbach und verschobenes Heeresgut spielten eine Rolle in einer Betrugsanklage, die heute vormittag unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Vangels vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Angeklagt ist der vielgenannte frühere Leutnant d. R. Ernst Krull, gegen den bekanntlich auch der Verdacht bestand, daß er der geheimnisvolle Leutnant gewesen sei, der vom Trittbret des Automobils vor dem Eden-Hotel Frau Rosa Luxemburg den tödlichen Schuß in die Schläfe gegeben habe. Bei der jetzigen Anklage handelt es sich um 500 Entlassungsanträge, die Leutnant Krull für die Arbeitsgemeinschaft Rohbach von der Militärverwaltung in Empfang genommen und nach der Anklage für sich vermerkt haben soll. Krull behauptete bei seiner ersten Vernehmung, daß er im Auftrage von Rohbach die Anträge angefordert, daß er dann aber von ihm den Auftrag erhalten habe, die Sachen vorteilhaft zu verkaufen und den Erlös der Arbeitsgemeinschaft zuzuführen. Es wurde dann ermittelt, daß der Angeklagte die Anträge einem Kaufmann R. F. zum Verkauf übergeben habe, und, da sich die Veräußerung verzögerte, wurden die Anträge für 100 000 M. lombardiert. Nach Behauptung der Anklage soll Krull das Geld für sich vermerkt haben.

Rechtsanwalt Bahn hatte zur Verteidigung des Angeklagten die Ladung des Leutnants Krull beantragt. Dieser war aber zum heutigen Termin nicht erschienen. Der Vorsitzende war der Meinung, daß man auch ohne ihn auskommen könne, da aus den Akten festzustellen sei, daß die Anträge an sich für entlassene Mannschaften angefordert waren. Der Angeklagte ist aber der Meinung, daß er auf die Beziehungen zu der Arbeitsgemeinschaft Rohbach in breiter Weise eingehen müsse und Rechtsanwalt Bahn beantragte, für diesen Punkt der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen. Das Gericht stellte aber den Beschluß hierüber zurück, um zu prüfen, ob man auch so verhandeln könne. Aus den alsdann zur Besetzung gelangten Aktenstücken geht hervor, daß die Arbeitsgemeinschaft Rohbach, die aus der Sturmabteilung Rohbach hervorgegangen war, gemäß einem Schreiben des Reichswehrministers vom 4. März 1920 aufgelöst werden sollte und daß Anträge und Befehle für die zur Entlassung gelangenden Mannschaften fehlten. Da die Entlassung bis zum 15. März durchgeführt werden sollte, seien die Anträge bei den zuständigen Instanzen anzufragen. Zu der Auflösung ist es dann aber infolge des Kapp-Putsches nicht gekommen. Erst am 24. November 1920 gab Oberst Großmann Anweisung an das Wehrkreiskommando II in Berlin, Entlassungsanträge für 500 Mann der Arbeitsgemeinschaft Rohbach anzufordern, da die Leute Anpruch darauf hätten. Der Angeklagte erklärt, daß er seine erste Aussage gemacht habe lediglich um abzumachen, ob Anträge erhoben werden würde. Er habe alle politischen Kompensationen vermeiden wollen. Seine damalige Aussage sei aber vollständig hinsichtlich. Aus weiter verlesenen Schreiben folgt der Vorsitzende, daß Krull gewünscht habe, daß die Herausgabe der Anträge erfolge, der Nachweis für jeden einzelnen Mann geführt werden müßte. Major Kienitz habe das aber aus dem Schreiben nicht herausgeholt, sondern daselbe als eine allgemeine Anweisung betrachtet und die Anträge ohne Prüfung überwiesen. Rechtsanwalt Bahn bestreitet, daß der Angeklagte aus dem Schreiben die Notwendigkeit des detaillierten Nachweises erkennen konnte. Der Angeklagte bestreitet auch, daß ihm mündlich nach dieser Richtung hin Anweisungen gegeben worden seien.

Der Vorsitzende hält Krull weiter vor, daß Leutnant Rohbach bestritten habe, ihm den Auftrag gegeben zu haben, die Anträge zu verkaufen und den Erlös an die Arbeitsgemeinschaft abzuführen. Der Angeklagte stellte dies entschieden in Abrede. Nach Angaben des Zeugen Fries, der heute nicht erschienen ist, in der Voruntersuchung hat Krull bei ihm 45 000 M. Schulden gehabt, die er zusammen mit seiner Provision von 5 Proz. abzog, so daß Krull bei dem Verkauf der Anträge etwa 125 000 M. herausbrachte. Von dieser Summe gingen noch 40 000 M. an zwei Vermittler, die nach Angaben Krulls für ihn bei der Beschaffung von Waffen tätig waren. Den Rest von 85 000 M. hat Krull dann dem Fries ausgehändigt bekommen. Worin? Wo ist denn nun die Summe von 85 000 M., die sie von Fries ausgehändigt erhielten? Angekl.: Die Mannschaften hatten inzwischen durch Rohbach bessere Anträge bekommen, die aus Mitteln beschafft waren, welche der Kommandeur der Landwehr zur Verfügung gestellt hatte. Rechtsanwalt Bahn: Man muß sich vergegenwärtigen, daß es sich nicht um eine reine Arbeitsvermittlungshandlung, sondern um eine politische Organisation zum Schutz der Landwehr gegen die Kommunisten, die auf die Güter kommen wollten. Es geschah alles im Einverständnis mit Rohbach. Vorl.: Rohbach bestritt aber, den Auftrag gegeben zu haben. Rechtsanwalt Bahn: Es handelt sich um hochstehende rechtspolitische Kreise und Beobachter. Vorl.: Dann wäre es vielleicht besser zu sagen, wer er ist, damit nicht eine Partei grundlos in Verdacht kommt. Rechtsanwalt Bahn: Es sind Leute aus der deutschen Bewegung. Rechtsanwalt Bahn unterbreitet dem Gericht eine Reihe von Beweisanträgen nach dieser Richtung hin.

Das Gericht läßt hierauf eine kurze Pause eintreten.

## Die alliierte Flotte vor Smyrna.

London, 12. Februar. (W.F.B.) Zurzeit liegen vor Smyrna 11 englische, 4 französische, 3 italienische und 4 amerikanische Kriegsschiffe, zu denen noch ein englisches Hinzukommt, das in aller Kürze eintreffen werde.

Die Türken haben die von ihnen den alliierten Kriegsschiffen gestellte Frist zum Verlassen des Hafens von Smyrna um 3 Tage verlängert, doch erklären die Alliierten nach wie vor, daß sie davon keine Notiz nehmen werden.

Der Kriegsmittelschuldige Graf Berchtold, habsburgischer Außenminister und Verfasser jenes Ultimatus an Serbien, hält sich zurzeit in der Tschechoslowakei auf. Auf eine Anfrage erklärte die Regierung, sie denke nicht daran, eine dauernde Rückkehr Berchtolds zu bewilligen.

## Devisenkurse.

	12. Februar		10. Februar	
	Kauf- (Reib-) Kurs	Verkauf- (Reib-) Kurs	Kauf- (Reib-) Kurs	Verkauf- (Reib-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	10972.50	11027.50	12269.25	12330.75
1 argentinische Papier-Peso . . .	10274.25	10325.75	11871.50	11928.50
1 belgischer Franc . . . . .	—	—	1695.77	1694.23
1 norwegische Krone . . . . .	5157.12	5169.88	5685.73	5714.25
1 dänische Krone . . . . .	5211.98	5238.07	5785.50	5814.50
1 schwedische Krone . . . . .	7356.58	7393.44	8179.50	8230.50
1 finnische Mark . . . . .	—	—	817.95	821.05
1 japanischer Yen . . . . .	13266.75	13333.25	14962.50	15037.50
1 italienische Lira . . . . .	1841.63	1848.87	1476.80	1483.70
1 Pfund Sterling . . . . .	130177.50	130836.25	144198.75	144861.25
1 Dollar . . . . .	27730.50	27869.50	30822.75	30977.25
1 französischer Franc . . . . .	1710.71	1719.29	1910.21	1919.79
1 brasilianischer Milreis . . . . .	3142.12	3157.88	3491.25	3508.75
1 Schweizer Franc . . . . .	5296.57	5283.18	5810.48	5839.57
1 spanische Peseta . . . . .	4364.06	4395.94	4837.87	4862.13
100 österr. Kronen (abgefl.) . . . . .	—	—	43.14	43.86
1 tschechische Krone . . . . .	832.91	837.00	922.67	927.33
1 ungarische Krone . . . . .	—	—	11.92	11.96
1 bulgarische Terna . . . . .	163.59	164.41	184.58	185.47
1 jugoslawischer Dinar . . . . .	—	—	807.98	808.77

## Unerwünschter Winter.

Im Dezember, Januar und Februar muß man in unseren Breiten immer auf Frost und Schnee gefaßt sein. Aber mit diesem Winter ist es uns gegangen wie dem Schuljungen, der mit jagendem Herzen von Stunde zu Stunde hofft, daß ihn der Lehrer nicht herannimmt, und der dann in der letzten halben Stunde doch noch rannt und reinfällt. Auch wir hatten gehofft, daß in der Zeit der Rot der Winter uns verschonen werde. In der Tat ging der Dezember hin und der Januar, ohne daß man vom Winter sonderlich etwas merkte. Der Februar kam und mit ihm zarte grüne Schleiter über allerlei Gesträuch. Heimlich jubelte alles: „Diesmal faßt er uns nicht, der gestrenge Herr Winter, diesmal nicht!“ Aber da, im letzten Augenblick, als man glaubte, durch die halb-offene Tür in den Frühling hinein zu entweichen, drehte er sich . . . und alles ringsum erstarrte. Schlimm ist diese harte Kälte für alle, die sich nicht wärm halten und gut ernähren und nicht den Ofen heizen können. Besonders schlimm aber für die Hunderttausende, die täglich die ungeheizte Stadt, Ring- und Vorortzüge benutzen und in den zu Eiskellern gewordenen Abteilen, ohne sich rühren zu können, oft eine Stunde und länger aushalten müssen. Von alten Berliner Verkehrsmitteln sind nämlich die Bogen der Stadt-, Ring- und Vorortzüge am meisten den Witterungsunbilden ausgesetzt, weil jedesmal, wenn der Zug hält, fast alle Abteilungen weit ausgehoben werden und dadurch der ganze Wagen auskühlt. Und da es auch mit der Erwärmung des inneren Menschen, wenn man sich nicht gerade mit „Gesundheitskaffee“ oder „deutschem“ Erbsäfter erneut aufwärmen will, schlecht bestellt ist, so bedeutet der unerwartete grobe Vorstoß des zu Ende gehenden Winters eigentlich einen ganz gemeinen und verbotenen Bogenschuß auf den hungrigen Magen des stierenden Volkes. Aber da tue einer mal was dagegen!

Ueber die Ursache der plötzlich einsetzenden Kälte teilt das Berliner Wetterbureau folgendes mit: In Nordosteuropa etwa zwischen Finnland und Lappland lag in den letzten Tagen ein sehr umfangreiches Hochdruckgebiet, in dessen Innern meistens trockenes und heiteres Wetter herrschte. Durch Mitteleuropa hingegen zogen einzelne Teile eines atlantischen Tiefdruckgebietes, die auch in Deutschland größtenteils trockenes Wetter und verschiedentlich Niederschläge brachten. Seit gestern ist nun das Hochdruckgebiet südwestwärts vorgezogen und hat zunächst in der Provinz Ostpreußen Aufweitung des Himmels und eine kräftige Abkühlung herbeigeführt. Ueber Nacht ist das Hoch weiter südwestwärts vorgezogen und hat infolge dessen auch bei uns die Bewölkung abgenommen und ist die Temperatur infolge der Ausstrahlung des Erdbodens beträchtlich gesunken. Jetzt dürfte die Kälte, die heute vormittag etwa 7 bis 8 Grad erreichte, sich zunächst noch verschärfen, da auch sehr heftige kalte östliche Winde wehen. Ob die Kälte von langer Dauer sein wird, ist noch fraglich, da auch von Nordwesten her neue Teiltiefs gegen Mitteleuropa vorzurücken scheinen, bei deren Annäherung der Himmel sich voraussichtlich wieder bewölken wird und der Wind sich immer mehr nach Süden drehen dürfte.

## Der Gismord in Friedenau.

### Teilweises Geständnis der verhassten Gismilcherin.

Der Fall des durch Morphium und Opium ums Leben gekommenen Gärtners Paul Hempel in Friedenau geht seiner Aufklärung entgegen, da die Täterin, die 31-jährige Gismilcherin Rosa Genischow, sich bereits zu einem teilweisen Geständnis entschlossen hat. Danach hätte sie nur die Absicht gehabt, ihren neuen Freund zu betäuben und dann zu berauben, einem Traid, den sie, wie ihr bereits nachgewiesen worden ist, bereits in drei anderen Fällen erfolgreich angewendet hat. Da sie selbst nun aber eine starke Morphiumistin und Trinkerin ist, und an dem Abend berauscht war, hat sie sich offenbar in der Dofierung ihrer Mittel geirrt und dadurch den Tod des Gärtners herbeigeführt. Die Vernehmung des Mädchens gestaltet sich sehr schwierig, da es allerlei Szenen scheinend künstlich herbeiführt, um die vernehmende Kommission abzulenken und zu verwirren. Es ist ferner festgestellt worden, daß Frieda Genischow vor einigen Tagen in Leipzig gewesen ist und dort verhaftet wurde, ihre vollständig durch Morphiumgenuss zusammengebrochene und an Verfolgungswahn leidende Mutter in eine Irrenanstalt unterzubringen, was ihr aber nicht gelungen ist. Die Frau ist dann nach der Irrenanstalt Duldorf übergeführt worden.

## Straßenbahnlarife.

In welcher Rot sich die Straßenbahn in allen deutschen Städten befindet, erweist man aus den täglich gemeldeten Tariferhöhungen, die jetzt überall vorgenommen werden. In Frankfurt a. M. ist die Tarifserhöhung jetzt ähnlich wie in Berlin aus dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung in einen Ausschuss verlegt. Bei dem dort eingeführten Tarifreduktionsplan für 2, 5 und über 5 Kilometer hinausgehende Strecken betragen die Tarife bis vor kurzem 80, 120 und 140 M. Das jährliche Defizit für 1923 würde bei diesem Tarif über 8 Milliarden betragen haben. Man hat deshalb die Tarife jetzt auf 180, 250 und 300 M. erhöht, während der Magistrat 200, 300 und 350 M. verlangt hat. Wie die „Frankfurter Zeitung“ mittelt, muß in allerhöchster Zeit mit einer weiteren Erhöhung der Tarife gerechnet werden.

## 3500 Mark Monatsgehalt.

Geradezu unglaubliche Zustände deckt eine Vorlage auf, die von der Stadtverordnetenversammlung zugegangen ist. Es handelt sich um das Zentrale Privattheater in der Fruchtstraße. Als sich die Stadt vor etwa Jahresfrist zur Unterstützung der privaten Wachsenschulen bereit erklärte und hieran gewisse Bedingungen knüpfte, war es Herr Direktor Zemke, der stolz auf diese Unterstützung stehen zu können glaubte, weil ihm, dem deutschen nationalen Herrn Bildungsunternehmer, die daran geknüpften Bedingungen (Abbau der Vorschule, konfessionelle Weibergigkeit) nicht pohten. Er hat die Dinge weiter treiben lassen, obgleich jedes Kind wußte, zu wie katastrophalen Verhältnissen gerade die Besetzung der Angestellten an einer solchen Anstalt führen mußten. Herr Direktor Zemke sah das alles nicht oder wollte es nicht sehen. Nun endlich, wo ihm und seiner Anstalt das Wasser am Halse steht, verlangt er Hilfe von der Stadt. Die Bedingungen, die für das Vorjahr verlangt waren, kann er nicht mehr erfüllen, aber er rechnet mit der Gümmigkeit oder Dummheit der Stadt. Im Monat Januar hat der Herr Direktor und deutsch-nationale Stadtverordnete seinen Vorkämpferinnen, 28 an der Zahl, ein Gehalt von je 1000 und 1200 M. dreitausendfünfhundert Mark ausbezahlt. Und keine Behörde hat eingegriffen, keine Behörde ist rechtzeitig auf den Gedanken verfallen, eine Gewerkschaft anzurufen. Gewerkschaft — so etwas riecht ja für eine deutsch-nationale Lehrerin nach Arbeitern — lieber hungert man, weil ein Gefinnungsverwandter Arbeitgeber seinen Schulbetrieb nicht dem Willen einer fortschrittlich gesinnten Stadtverwaltung anpassen möchte. 3500 M. Monatsgehalt, weil der Herr Direktor seine Vorkämpfer nicht abbauen wollte! Und nun soll die Stadt helfen, jetzt appelliert man an das soziale Gewissen der hiesigen Körperschaften, als wenn ein Mann mit sozialen Gewissen diese Katastrophe nicht hätte voraussehen müssen! Wir zweifeln nicht, daß die Stadt bereit sein würde, den Lehrereinnahmen in ihrer Rot trotz ihrer unverzweifelbaren Position zu helfen, aber wir hoffen, daß die Stadt nicht bereit sein wird, einen solchen Schulbetrieb unter einer solchen Leitung auch nur einen Augenblick zu stützen. Wenn irgend eine „Schule“ wart ist, zugrunde zu gehen, so dürfte es diese sein. Es wird sich nur darum handeln können, für die SchülerInnen dieser „vielfeicht geschätzten“ Schule in anderen

und besseren Schulen Raum zu schaffen. Hier gilt es wirklich, soziales Unrecht, doppeltes und dreifaches, wieder gutzumachen. Aber in einem etwas anderen Sinne und mit etwas anderen Maßnahmen als der Herr Direktor es sich denkt!

## Die Liquidation der AEG.-Schnellbahn.

### Die Fertigstellung der begonnenen Baustrecke in Frage gestellt.

Die AEG. bezieht sich, aus dem Urteilspruch des Reichsgerichts, der sie zur Fortführung und Vollendung der Untergrundbahn Gesundbrunnen—Hermannplatz verpflichtet, die Konsequenzen zu ziehen. Wir haben bereits gemeldet, daß für den 5. März eine Generalversammlung einberufen ist, die die Liquidation der AEG.-Schnellbahn-Gesellschaft beschließen soll. Nach dem Wortlaut des Reichsgerichtsurteils wird für die Stadt keine andere Möglichkeit sein, als sich an die vielleicht 1 bis 2 Milliarden betragende Vermögensmasse der AEG.-Schnellbahn-Gesellschaft zu halten. Die 4½prozentigen Obligationen dieser Gesellschaft will die Muttergesellschaft im Verhältnis 1:100 zum Umtausch mit ihren Stammaktien zulassen. — Die Kosten für die Herstellung der Schnellbahn werden zurzeit auf mindestens 30 Milliarden geschätzt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wertvolle, außerordentlich wichtige Teile der Bahn im Rohbau bereits fertiggestellt sind, so insbesondere die Tunnelbauten unter der Spree. Für die Stadt entsteht eine außerordentlich schwierige Situation. Sie muß mit allen Mitteln zunächst die Fertigstellung der Nord-Südbahn betreiben, wozu zweifellos noch mehrere Milliarden erforderlich sind. In einer solchen Situation erscheint es ganz ausgeschlossen, daß die Stadt von sich aus den Bau der außerordentlich wichtigen Untergrundbahn nach dem Gesundbrunnen fortführt. Auf der anderen Seite würde auch die Zuspaltung der Baugruben ganz bedeutende Summen erfordern, die stellenweise nicht hinter den Kosten der Vollendung zurückbleiben würden. Ob es in letzter Stunde noch zu einem Vergleich zwischen der AEG. und der Stadt kommt, erscheint mehr als fraglich. Angesichts der außerordentlichen Notlage des Berliner Verkehrs wäre es freilich aus leidlichster zu beürteilen, wenn doch noch in irgendeiner Form die Vollendung der Bahn gewährleistet werden könnte.

## „Sturm auf ein Mieteinigungsamt.“

Der in Nr. 25 unter dieser Ueberschrift gemeldete Vorfall wird von dem darin erwähnten Amtsgerichtsrat Dr. Luz jetzt als unbedeutend geschildert. Es sei weiter nichts geschehen, als daß 50 bis 60 Personen nach Schluß der Sitzung in das Zimmer kamen, wo er noch einige Arbeiten erledigte, und sehr erregt verlangten, er solle sein Amt niederlegen, weil das Mieteinigungsamt ein alles, mittelloses Ehepaar auf die Straße gesetzt hätte. Er habe ihnen geantwortet, daß nach § 15 und 18 des Groß-Berliner Wohnungsnotgesetzes bei Nichtzahlung der Miete allerdings die Zustimmung zur Kündigung und zur Erhebung der Käumungsklage gegeben werden müßte, bisher habe aber das Mieteinigungsamt Treppan dies immer nur unter der Bedingung getan, daß die Armenbehörde sich nicht innerhalb einer bestimmten Frist bereit erklärte, für die Leute einzutreten. In solchen Fällen habe er selber vor Erteilung der Ausfertigung des Beschlusses die Akten an die Armenbehörde gehen lassen und erreicht, daß diese die Bedürftigen unterstützt, so daß sie wohnen bleiben konnten. Amtsgerichtsrat Dr. Luz fügt hinzu, daß seine Besucher sich dann beruhigten und daß ihr Sprecher und er einander die Hände schüttelten. Eine bestimmte Stellungnahme in der künftigen Rechtsprechung des Mieteinigungsamtes habe er nicht versprochen und auch nicht versprechen können, da er doch nur eine von drei Stimmen habe.

Paul Pusch gestorben. Einem hiesigen inneren Reden ist vor kurzem unser alter Genosse, der Schriftsteller Paul Pusch, im 68. Lebensjahre nach mehrmonatlichem Krankenlager erlegen. Seit dem Anfang der achtziger Jahre gehörte er der Partei ohne Unterbrechung an und hat er in dieser Zeit mit Eifer für seine Kollegenschaft sowohl wie für seine politische Auffassung gewirkt. In seinem bescheidenen Wesen lag es nicht, sich heranzudrängen, still aber mit ausdauerndem Fleiß übernahm er stets bereitwillig alle Parteiarbeiten, die Mühe und Zeitopfer erforderten. Bei Gründung des Bezirksamts Kreuzberg wurde er zum Bezirksvorordneten gewählt, sein Fehlen wird dort schmerzlich empfunden werden. — Die Einäscherung unseres verstorbenen Freundes findet am Dienstag, den 13. Februar, im Krematorium in Baumgartenweg, nachmittags 4 Uhr statt. Die ihn schützten und liebten, werden ihm das letzte Geleit geben.

4000fache Tage für Kraftdrofchen? Obgleich erst in den letzten Tagen die Kraftdrofchentage auf das 2500fache erhöht worden ist, sind die Drofchenbesitzer jetzt schon wieder mit einer neuen Forderung auf den Plan getreten, sie verlangen die Einführung der 4000fachen Tage. In der Praxis würde das bedeuten, daß eine Fahrt vom Potsdamer Bahnhof nach Wilmersdorf circa 15 000 M. kosten würde. Ein Fahrgebot, der sich kurz nach Verleihen einer Kraftdrofche die Sache wieder anders überlegt und nach Einschaltung der Taruhr wieder aussteigt, hätte für dieses kurze Vergnügen die Kleinigkeit von 2800 M. zu zahlen.

Ein Kino-Opfertag für das Ruhrgebiet. Die Groß-Berliner Lichtspieltheaterbesitzer haben in ihrer Generalversammlung beschlossen, einen Kino-Opfertag für die bedrängten Ruhrdeutschen zu veranstalten. Dieser Opfertag findet in allen Groß-Berliner Lichtspieltheatern am 15. Februar statt, mit der Maßgabe, daß die gesamten Einnahmen des Tages ohne irgendwelchen Abzug einem Fonds zugeführt werden, um ihn dann den Bedrängten zukommen zu lassen. Die Hauptsteuerverwaltung der Stadt Berlin hat sich bereit erklärt, den Theatern, die sich mit Vorbeden einverstanden erklärt haben, die Lustbarkeitssteuer vollständig zu erlassen.

Schiffskatastrophe bei Bergen. In der Nacht zum Sonntag strandete auf einer Klippe, 5 Meilen von Bergen, der deutsche Dampfer „Walterhof“ aus Cuxhaven. Die Mannschaft aus 12 Mann und der norwegische Boote verließen sich auf ein Floß zu retten. Das Schiff sank sofort. Das Floß trieb 7 Stunden lang, bis Rettung kam. Nur drei Mann waren noch am Leben. Unter den Ertrunkenen befindet sich der Boote.

Folgen schwerer Theaterbrand in Sofia. Gestern Abend brach auf der Bühne des Nationaltheaters in Sofia während der Probe zu einer Opernvorstellung ein Feuer aus, das den Bühnenraum und das mit Bühnenspektakeln angefüllte angrenzende Gebäude zum größten Teil einäscherte. Durch den unverzüglich in Tätigkeit tretenden Rettungsdienst konnte eine größere Panik verhindert werden. Nach den bisherigen Feststellungen sind zwei Personen getötet und 15 verletzt worden. Der Brand soll dadurch entstanden sein, daß ein Dekorationsstück in Flammen aufging.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und nielach, heiter bei ziemlich strengem Frost und scharfer nördlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. Kreis: Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichterfelde. Die heutige, Sonntag, abends 7½ Uhr, anderntägige Sitzung des Parteivorstandes für alle vier Orte findet nicht im Rathaus, sondern im Zimmer 10 des Polizeidirektorates, Mariendorf, Rathausstraße, statt.

Jugendliaisten-Arbeitsgemeinschaft. Die für heute angelegte Veranstaltung findet infolge der Gesamtveranstaltung nicht statt.

## Jugendveranstaltungen.

### Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Neutänze III. Heute abend findet in der Sitzung des Vorstands bei Post, Steinbockstraße 10, eine wichtige Zusammenkunft aller Gewerkschaften und Genossen statt. Die Genossen müssen pünktlich um 7½ Uhr erscheinen.

